

Dammer, Karl-Heinz; Gruschka, Andreas
Reaktionen auf Barbaren und die Pädagogik der Entbarbarisierung
Pädagogische Korrespondenz (1994) 13, S. 22-35



Quellenangabe/ Reference:

Dammer, Karl-Heinz; Gruschka, Andreas: Reaktionen auf Barbaren und die Pädagogik der Entbarbarisierung - In: *Pädagogische Korrespondenz* (1994) 13, S. 22-35 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-59197 - DOI: 10.25656/01:5919

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-59197>

<https://doi.org/10.25656/01:5919>

in Kooperation mit / in cooperation with:



<https://pk.budrich-journals.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@diipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

ESSAY

- 5 *Michael Tiedtke*
Vielfalt statt Einheit
Überlegungen aus Anlaß der pädagogischen Reformation des Ostens

DAS AKTUELLE THEMA

- 22 *Karl-Heinz Dammer/Andreas Gruschka*
Reaktionen auf Barbaren und die Pädagogik der Entbarbarisierung

DISKUSSION

- 36 *Eike Pulpanek*
Warnung vor didaktischen Illusionen

AUS DEN MEDIEN

- 42 *Peter Moritz*
Fernsehen als Ideologie (Teil I)
Über die Fragwürdigkeit des Fernsehens und noch fragwürdigere Theorien

BERICHT AUS DER FREMDE

- 67 *Gaby Späker*
Europa

DIDAKTIKUM

- 76 *Andreas Gruschka*
Schöner Sehen in schlechten Zeiten!

DOKUMENTATION

- 85 *Michael Tischer*
Ist's gestattet?

Karl-Heinz Dammer/Andreas Gruschka

Reaktionen auf Barbaren und die Pädagogik der Entbarbarisierung

I

Luis Bunuels Film *Das Gespenst der Freiheit* enthält eine Episode, in der ein junger, mit einem Gewehr bewaffneter Mann in die oberste Etage eines leerstehenden Hochhauses steigt, dort ein Zielfernrohr auf seine Waffe montiert, der Reihe nach zu allen Seiten hin Fenster öffnet und wahllos Menschen in den das Haus umgebenden Straßen erschießt, bis er schließlich selber von der Polizei umgebracht wird. Der Mann wird nicht als ein Amokläufer dargestellt, den man als wahnsinnig abstempeln und damit seine absurde und motivlose Mordserie erklären könnte. Er wirkt vielmehr gelassen und scheint sehr überlegt zu handeln, so daß die gesamte Filmsequenz fast den Eindruck erweckt, hier werde ein Stück Alltagsnormalität vorgeführt. Die zielstrebige und selbstverständliche Art seines Handelns steht im Widerspruch zur moralischen Unerhörtheit seines Tuns; so umsichtig und beiläufig agiert der Ableser von Clorius, aber doch kein Mörder!? Bunuel zeigt die mechanische Inhumanität gesellschaftlicher Lebensverhältnisse, indem er die wahllose Mordtat wie einen unauffälligen Bestandteil der Wirklichkeit in Szene setzt. Daraus resultiert das Beklemmende der Episode: Dem Zuschauer wird das Gefühl vermittelt, die zivilisatorischen Minimalstandards, wie sie etwa im Verbot, Mitmenschen nach Belieben umzubringen, zum Ausdruck kommen, gälten nicht mehr. Zum gespenstischen Charakter der Freiheit zählt auch, sie zum Mord ohne erkennbare Motivation einzusetzen. Die als rationales Handeln inszenierte Irrationalität wird von Bunuel nur scheinbar zynisch protokolliert.

Die Szene pointiert einen Zustand und spiegelt eine Stimmung, wie sie seit einiger Zeit in Deutschland zu beobachten ist. Nach einer Phase nationaler Euphorie, die nicht nur von der traditionellen Rechten mit der Erwartung und Verheißung verknüpft wurde, das Land könne nun endlich »normal« werden, traten in Hoyerswerda und Rostock Haß und Brutalität zutage, die sowohl in ihrer Schamlosigkeit als auch wegen ihrer symbolischen Anleihen beim Faschismus schockierten. Wären dies Ausnahmen geblieben, hätte man sie als punktuelle und deshalb zu verkraftende Begleiterscheinungen des proklamierten Normalisierungsprozesses ausgeben können, sich damit beruhigen können, daß so etwas in vielen westeuropäischen Ländern geschieht. Die lang anhaltenden Wellen von Gewalt gegen Ausländer, die in den Morden von Mölln und Solingen kulminierten, nähren jedoch die Befürchtung, daß die gesteigerte Brutalität gegenüber Schwächeren und abstrakt zu Opfern Gemachten ein selbstverständlicher Bestandteil gesellschaftlicher Zustände wird, mit dem man zukünftig zu leben hat. Die hochtechnisierte, zivilisatorisch avancier-

te, auf universalistische Rationalität verpflichtete Gesellschaft scheint lernen zu müssen, daß sie attackiert wird durch potentiell überall auftretende archaische Formen der Barbarei, durch Männer, die von Hochhäusern aus Menschen erschießen, oder die nächtens losziehen, um in der Nachbarschaft ein Haus anzuzünden.

II

Das Beunruhigende und Lähmende dieser Situation liegt zum einen im Ausmaß und der Form der Gewalt, zum anderen in der Tatsache, daß sie nicht mehr nach den bislang verbreiteten Mustern gesellschaftlich lokalisiert werden kann. Ist mit der Rache, Strafe oder Warnung, der symbolisch gedachten, aber konkret ausgeführten Verbrennung oder mit dem willkürlichen Schlag auf den Schädel nunmehr überall und jederzeit zu rechnen? Dies zumindest ist das Menetekel, das Heiner Müller und H.M. Enzensberger, und nicht nur sie, inzwischen an die Wand malen.

Die Gewalt entläßt sich längst nicht mehr allein in den Ghettos der Großstädte oder in Fußballstadien, wo die den jeweils rivalisierenden Vereinen anhängenden Hooligans sich gegenseitig zusammenschlagen, sondern auch in der Provinz und zwar sowohl in der östlichen Krisenregion als auch dort, wo man bis vor kurzem die Welt noch in Ordnung wähen wollte, wie in Mölln. Neben der ökonomischen scheint auch die politische Geographie keine sicheren Anhaltspunkte mehr zu liefern, handelt es sich doch bei Solingen um eine traditionell SPD-regierte Stadt mit einer bisher kaum wahrgenommenen, aber sehr wohl aktiven Rechtsradikalen-Szene.

Opfer der jüngsten Brutalität wurden in erster Linie Menschen aus sozial schwachen (alte Leute und Obdachlose) oder aus ethnisch als fremd wahrgenommenen Gruppen (Asylbewerber, aber auch schon länger in Deutschland lebende Türken, Vietnamesen oder Südeuropäer). Die Wahllosigkeit, mit der Opfer ausgesucht werden, macht deutlich, daß man künftig nicht mehr dagegen gefeit ist, daß junge Männer aus X die italienische Eisdiele in Y abfackeln oder daß das Massakrieren nach serbisch-kroatisch-bosnischem Vorbild an der Mosel stattfindet. Enzensberger bezeichnet diesen Zustand als »molekularen Bürgerkrieg«.

Viele Bürger, und nicht nur solche, die mit Nachdruck öffentlich gegen den Rechtsradikalismus Stellung beziehen, fühlen sich inzwischen vor (rechtsradikalen) Übergriffen nicht mehr sicher. In der Zeit wurde von einem gesellschaftlich gut situierten Mann berichtet, der – obwohl in einem bürgerlichen Viertel wohnend, das bislang von Skins nicht heimgesucht wird – aus Angst um seine Gesundheit ernsthaft Bedenken trug, ob er sich einen Anti-Rassismus-Aufkleber auf sein Auto heften sollte. Die Angst sickert weit in Kreise hinein, die kaum Anlaß dazu haben, sich unmittelbar bedroht zu fühlen. Sie resultiert aus der nun scheinbar überall lauernenden Bedrohung, sie richtet sich auf den Überfall einer Gang und darauf, daß der Respekt vor dem vergleichsweise Erfolgreichen, der die Marodierenden bislang in London oder New York oder Düsseldorf davon abhielt, in die Quartiere der Wohlhabenden einzudringen, verschwunden sein könnte.

Eine große Irritation geht auch von dem Faktor aus, der bislang am leichtesten die Klassifikation und Erklärung ermöglichte, nämlich von der Gruppe der Täter.

Empirische Erhebungen stellen zwar einhellig fest, daß es sich bei ihnen fast ausschließlich um männliche Jugendliche im Alter zwischen 16 und 22 handelt, deren Schul- und meist auch Berufsbildung unterhalb des Durchschnitts liegt und die mehrheitlich aus zerrütteten und vom sozialen Abstieg bedrohten oder erfaßten Familien stammen. Aber unter den Gewalttätern passen einige nicht in das Bild, das sich die Öffentlichkeit zunächst von den Tätern gemacht hatte: wie der mutmaßlich an dem Brandanschlag in Solingen beteiligte Arztsohn oder der wegen der Morde in Mölln angeklagte Christiansen, der aus einer intakten Kleinbürgerfamilie stammt. Auch wenn die Tätergruppe relativ homogen zu sein scheint und ihr Verhalten mit den sozialen Umständen weitgehend erklärt werden kann, wird nicht mehr ausgeschlossen, daß sich die barbarischen Praktiken zunehmend weniger auf das Milieu der Depravierten beschränken. Mag auch die Wahrscheinlichkeit vergleichsweise gering sein, daß der Sohn eines Studienrates in einem hessischen Kleinstädtchen einen Südtaliener während eines Besäufnisses niedersticht, weil er zu seinem Schutz gegen eine Gang ein Messer mit sich führte und der Italiener ihn provozierte, auszuschließen ist dies nicht mehr.

Wenig beruhigend wirkt da die Deutung aufgestörter Analytiker, die hemmungslosen Gewaltausbrüche seien eine zwar gefährliche, letztlich aber vom Generationenkonflikt bedingte, heute sich lediglich anders als früher bemerkbar machende Form jugendlichen Aufbegehrens gegen die Erwachsenenwelt und ihre Werte.¹ Diese zyklische Sichtweise verspricht einerseits, daß der rechtsradikale Spuk und seine Formen bald vorbei sein werden, und andererseits teilt sie mit, daß angesichts der Permanenz des Generationenkonflikts alles nur relativ und deswegen nicht ganz so ernst zu nehmen sei. Die Unterschiede zu früheren Protestbewegungen werden so verwischt oder als unbedeutend abgewertet.

Die als Revolte apostrophierte Randle und Menschenjagd von Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat nichts mit dem harmlosen hedonistischen Ausbruch der Elvis-Presley- oder der Beat- und Flower-Power-Generation in den späten fünfziger und den sechziger Jahren zu tun. Der Protest jener Generationen zielte auf die Gewinnung eigener Handlungsräume, war ein Kampf gegen die Bevormundung durch die Erwachseneneneration. Davon ist bei den rechtsradikalen Tätern nichts zu spüren. Sie versuchen auch nicht, wie die 68er- und nach dieser die Öko-Bewegung, eigene Ideale zu formulieren und andere dafür zu gewinnen, ihre Interessen sozial zu organisieren und gegen die politisch und gesellschaftlich Herrschenden durchzusetzen. Es handelt sich vielmehr um archaische Gewaltexzesse ohne politische oder moralische Motivation. Anders als im Studentenprotest vor 25 Jahren werden keine Versuche unternommen, die eigene Praxis diskursiv einzuholen, es geht in erster Linie um »action«. Damit sind auch von vornherein die Chancen verbaut, den Protest, wie auch immer gebrochen, gesellschaftlich zu integrieren. Waren die 68er anfangs auch dumpfen Diffamierungen ausgesetzt, so entsprachen sie als »Träumer« und »Idealisten« letztlich doch den in der Erwachsenenwelt kursierenden Klischees vom jugendlichen Überschwang. Demgegenüber lassen die rechtsradikalen Skins jegliche Bereitschaft einer Vermittlung zwischen Normen und Realität, zwischen ihren Vorstellungen von Gesellschaft und deren Wirklichkeit vermissen. Als sei dies alles viel zu anstrengend, überflüssig und

wirkungslos, wird unmittelbar und unkalkulierbar bei sich bietender Gelegenheit losgeschlagen. Mögen die Täter uns in roher Weise als nicht erwachsen Gewordene erscheinen, so demonstrieren sie doch blutige Entschlossenheit, die sie in dem Sinne erschreckend erwachsen wirken läßt, daß sie allen Skrupeln entwachsen sind. Sie dürften es als Ermutigung verspüren, daß sie mit brutaler Offenheit nur das exekutieren, was viele aus der Elterngeneration gerne selbst täten, wenn ihre Hemmschwelle niedriger wäre. Der widerwärtige Applaus in Lichtenhagen hat insofern fast noch mehr erschrecken lassen als die Gewalttätigkeit selbst.

Das Handeln der Skins und ihrer Claqueure belegt, daß wir uns auf die verbindliche Geltung der Grundbedingungen zivilisierten Zusammenlebens nicht mehr verlassen können. Wie brüchig der Glaube an sie war, belegte seit jeher die Rhetorik des Stammtischs: »Rübe ab«, hieß es dort schon immer, wenn ein drastisches Zeichen gesetzt werden sollte. Nun »rollen einige Köpfe« und der Stammtisch ist zerstritten: Die einen zeigen Verständnis, die anderen meinen, die Gewalttäter verdienen das Fallbeil.

Wenn einer der besonders prominenten Täter zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt wird, bedeutet dies nicht, daß unsere bisherigen Mittel zur Konfliktbewältigung ausreichen werden, um der Entwicklung Einhalt zu gebieten. Warum werden wir uns in Deutschland nicht an Verhältnisse gewöhnen müssen, wie sie in Los Angeles und in New York längst zum Alltag gehören?

Es ist verständlich, daß sich angesichts des Umschlags gesellschaftlicher Krisen in offene Barbarei einzelner Gruppen Angst breit macht: Selbst die sonst nicht durch allgemeinpolitische Manifestationen hervorstechenden Vertreter der Wirtschaft sehen sich – und sei es nur aus Sorge um den »Wirtschaftsstandort Deutschland« – zu einer großangelegten Toleranzkampagne genötigt. Die Konservativen, für die die Gefahr bisher immer nur von links kam, scheinen entschlossen, die von ihnen empfohlenen Ordnungsmittel nun auch gegen den bislang stets verharmlosten Rechtsradikalismus anzuwenden. Auch die Linken oder solche, denen das Etikett anhaftet, wirken deprimiert und mögen sich fragen, ob nicht vielleicht ihr beharrlich gegen die Macht des Faktischen aufrecht erhaltener Aufklärungsoptimismus ein Irrweg war und ihr Versuch, eine demokratische, weniger repressive Gesellschaft aufzubauen, naiv.

Gleichwohl wäre es unerträglich, untätig in Angst zu verharren, dies käme einer gesellschaftlichen Bankrotterklärung gleich. Die Masse der guten Deutschen hat auf die Morde mit Lichterketten reagiert, die Intellektuellen zur Abwehr der Bedrohung mit einer Fülle von Erklärungs- und Therapieangeboten. Diesen Angeboten haftet indes vielfach etwas von der Irrationalität an, die selbst als Ausdruck des Verhängnisses ängstigt. Dies gilt auch für manche der Ansätze, die die (falsche) Pädagogik als wesentlich mitverantwortlich ins Visier nehmen.

III

Daß das Verhalten der Rechtsradikalen von vielen Kommentatoren umstandslos mit verfehlter Pädagogik und der mangelhaften Erziehung in Elternhaus und Schule erklärt wird, verwundert wenig. Die Pädagogik soll die ausstehende Lösung gesellschaftlicher Probleme leisten. Gelingt ihr dies nicht, wird sie für die ihr zugeschriebenen Unterlassungen zur Rechenschaft gezogen. In jedem Fall werden ihr dabei beträchtliche Potenzen unterstellt. Die angesichts ihres scheinbaren Versagens an der Pädagogik geübte Kritik ist insofern konsequent, als damit der von ihr erhobene Anspruch, den Menschen zu einem moralischen und gesellschaftsfähigen Wesen zu machen, eingeklagt wird. Bemerkenswert ist allerdings, wie einfach es sich die Kritik zum Teil macht, welche Art von Pädagogik als Heilmittel empfohlen wird und schließlich auch, wer sie verlangt.

Mit einiger Verwunderung konnte man beispielsweise aus dem Munde Yehudi Menuhins den Vorschlag vernehmen, Neo-Nazis müßten noch am Ort des Geschehens vierzig Peitschenhiebe auf den Rücken oder auf den Hintern bekommen, weil sie »einfach diese Stärke« brauchten und »sie nie erwachsen geworden« seien.² Nicht allein der Affekt, mit dem hier als Antwort auf die Erschütterung durch menschenverachtende Brutalität möglichst direkte Gegengewalt phantasiert wird, rückt den Friedenspreisträger ins Zwielficht, sondern vor allem die pädagogische Überhöhung der Prügel als läuternder Akt, der die rein affektive Reaktion nobilitieren soll. Wenn die Pädagogik letztlich jedoch nur zur Rationalisierung der eigenen Gewaltbereitschaft dient, gibt es zwischen Baseballschläger und Rohrstock keinen anderen Unterschied mehr als den zwischen wahlloser Aktion und pseudorationaler Reaktion. Konsequent zu Ende gedacht bedeutete dies, daß alle Bemühungen um den Prozeß der Zivilisierung in der pädagogischen Praxis gescheitert sind. Man hätte dann zu den alten repressiven Praktiken zurückzukehren. Warum sollte aber die phantasierte Strafe nur die Neonazis treffen, warum nicht jeden, der sich den Geboten der Gesellschaft widersetzt: den Drogenabhängigen, den Gelegenheitsdieb, den Verkehrssünder, den Steuerhinterzieher, den Schulschwänzer usw.?

Weit weniger krude und nur mittelbar auf die Pädagogik bezogen grenzt sich Hans Magnus Enzensberger in seinen *Aussichten auf den Bürgerkrieg* von den Illusionen der Weltverbesserung ab. Süffisant zieht er über das rousseauistische Axiom der Pädagogik her, der Mensch sei von Natur aus gut, diese »merkwürdige Idee«, welche »in der Sozialarbeit ihr letztes Reservat« habe. Sie sei eine »seltsame Mischung« aus »pastorale[n] Motive[n] [...] mit angejahrten Milieu- und Sozialisationstheorien und mit einer entkernten Version der Psychoanalyse«. Gestützt auf diese modernisierte Form des Rousseauismus nähmen »solche Vormünder [...] in ihrer grenzenlosen Gutmütigkeit den Verirrten jede Verantwortung für ihr Handeln ab. Schuld ist nie der Täter, immer die Umgebung: das Elternhaus, die Gesellschaft, der Konsum, die Medien, die schlechten Vorbilder. Jedem Totschläger wird gewissermaßen ein Multiple-Choice-Fragebogen ausgehändigt, den er, zu seinem eigenen Besten, auszufüllen hat: Mama wollte mich nicht; ich hatte allzu autoritäre / allzu antiautoritäre Lehrer; Papa kam besoffen / nie nach Hause [...]. Auf diese Weise wird das Verbrechen aus der Welt geschafft, weil es keine Täter mehr gibt, sondern nur noch Klienten«³. In ihrer Grundaussage decken sich diese Ausführungen mit

der Kritik Angela Merkels an den von ihr in Auftrag gegebenen Studien zu den sozialen und biographischen Bedingungen rechtsradikaler Gewalt, die immer nur auf die »gesellschaftlichen Verhältnisse« hinwiesen⁴.

Enzensberger hat insofern recht, als die Vorstellung, jeder Verbrecher sei durch intensive sozialpädagogische Betreuung zu läutern, naiv ist, und auch der Kern seiner Kritik, daß die Suche nach äußeren Ursachen für gewalttätiges Verhalten die Frage nach der moralischen Verantwortung des Einzelnen schnell zur quantité négligeable machen kann, läßt sich nicht von der Hand weisen. Gegenaufklärerisch ist jedoch der keine Ambivalenzen zugestehende Gestus, mit dem Enzensberger Mimikry an dem reaktionären Common sense betreibt. Der wird bekanntlich von den ordentlichen Menschen artikuliert, die so etwas wie die Skins nie tun würden, die ihr Schicksal meistern und für ihr Versagen nicht ewig entschuldigend auf die schlimmen Umstände verweisen. Die subjektive Legitimation ihres relativen Wohlergehens zehrt davon, daß in ihren Augen alle Menschen eine Chance haben, etwas aus sich zu machen. Daraus resultiert die Wut gegen diejenigen, die es philanthropisch irregeleitet eher mit den Tätern als mit den Opfern halten. Enzensberger argumentiert inzwischen fast schon wie weiland der Kriminellenjäger Zimmermann. Die Ironie gegenüber den »angejahrten Sozialisationstheorien« ist billig, denn sie schiebt beiseite, was die Soziologie tatsächlich zur Erklärung der gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen von Gewalt beiträgt, so als sei die Antinomie moralisch zugeschriebener Freiheit und realer Determination eine Schuld der Wissenschaft und nicht Kennzeichen für die Antinomie der gesellschaftlichen Praxis (vgl. Th.W. Adorno: *Negative Dialektik*, Ges. Schriften Bd.6, S. 213 f.). Die Wiederbelebung und Beschwörung des autonomen Subjekts ist angesichts der Evidenz seiner barbarischen Verformung schlechter Idealismus. Wären in die gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen mehr Möglichkeiten zum solidarisches, vernünftigen, humanen Verhalten eingebunden, ließe sich leichter über die moralischen Versäumnisse der Menschen sprechen.

Die Hypostasierung des Subjekts gegenüber den Gewalttätigen ist nur in einem Punkt nützlich: Sie ermöglicht es, Täter zu fixieren, zu verfolgen und zu bestrafen und mit dem Appell an moralische Empörung die gesellschaftliche Vermitteltheit der Brutalität zu ignorieren, egal ob man sie als Determination, als Tendenz oder als notwendig zugestandenes Risiko begreift. Erst wenn der sozialpädagogisch verhätschelte Klient wieder zum Täter geworden ist, wird das geforderte harte Durchgreifen legitim; niemand stellt sich dann mehr zwischen die Gewalttäter und die Strafen. Damit kann die Phantasie genährt werden, das Böse – und unsere Angst davor – ließen sich mit den Delinquenten aus der Welt schaffen.

Während Enzensberger versucht, Diagnosen falscher Erziehung, die sich in ihrer Widersprüchlichkeit scheinbar aufheben, gegeneinander auszuspielen, argumentiert Klaus Leggewie wesentlich dezidiierter und therapeutischer. Sein augenscheinlich als Widerruf verfaßtes »Plädoyer eines Antiautoritären für Autorität« leitete im März 1993 in *Die Zeit*⁵ eine Artikelserie über Erziehung ein, die sich mit den pädagogischen Ursachen von Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft auseinandersetzte. Daß der Artikel viele Reaktionen, nicht nur in dieser Zeitung, auslöste, dürfte besonders dem wohlkalkulierten

Überraschungseffekt geschuldet sein, mit dem der ehemalige 68er sich zu einem konservativen Leitbegriff bekennt.

Leggewie wirft seiner, von der Studentenrevolte geprägten Generation im wesentlichen das vor, was schon seit vielen Jahren von konservativen Politikern und Publizisten als eine Hauptursache der wachsenden Anomie ausgemacht wurde: Die 68er hätten unreflektiert jeglicher Form von Autorität den Kampf angesagt, ohne andere Werte an deren Stelle zu setzen, und daraus eine antiautoritäre Pädagogik gezimmert, die auf nichts anderes als Laisser-faire hinausgelaufen sei, mit der eine hedonistisch eingestellte Elterngeneration sich der Verantwortung für ihre Kinder entzogen habe, die nun wieder nach Autorität schrien und den Eltern ihre Indifferenz durch autoritäres Denken und Handeln gleichsam heimzahlten. Da er sich der Gefahr bewußt ist, »das Triumphgeschrei der konservativen Kulturkämpfer« zu verstärken, versucht er, sich mit einer Differenzierung des Autoritätsbegriffs von diesen abzugrenzen: »Damit rede ich nicht der ›autoritären Erziehung‹ unseligen Angedenkens das Wort, die in der Tat Akten der Dressur und der Brechung von Kindern gleichkam. [...] Autorität ist weder Macht noch Zwang. Autorität schließt den Gebrauch von Zwang aus, und wo sie Gewalt braucht, hat sie schon versagt. Weder in der Familie noch in den Zwischenetagen der Gesellschaft, noch im öffentlichen Raum sind Autorität und Freiheit Gegensätze. [...] Ziel von Autorität ist Sicherung, nicht Abschaffung der Freiheit. [...] *Auctoritas* [im Original kursiv] ist ein Akt der (dauernden) Gründung des Gemeinwesens. Wo so wenig Gründung ist wie hierzulande, wächst die Gewalt.«

Es ist hier überflüssig, ein weiteres Mal ausführlich die vereinfachten Schuldzuweisungen an die 68er-Generation zurückzuweisen. Hartmut von Hentig (Die Schule neu Denken, München 1993) hat sich mit den von Leggewie und anderen erhobenen Vorwürfen auseinandergesetzt und dabei geduldig nachgewiesen, daß diese schon rein empirisch nicht haltbar seien, vor allem da die Anzahl der überzeugten und nachhaltig aktiven 68er zu gering sei, um für eine gesamtgesellschaftliche Fehlentwicklung verantwortlich gemacht zu werden, und da fast alle jugendlichen Gewalttäter aus Familien stammen, die von den politischen und pädagogischen Ideen der Studentenrevolte völlig unberührt geblieben seien⁶. Hentigs rationale argumentative Widerlegung trifft jedoch nicht den irrationalen Kern der Schuldzuweisungen. Dieser unterstellt so etwas wie den Umschlag der anti-autoritären Erziehung einer wild entschlossenen Avantgarde in den Verlust von Erziehungskompetenz beim Rest der Bevölkerung. Die Anti-Autoritären hätten diesem die guten autoritären Mittel der Erziehung durch ihre Pseudoaufklärung aus der Hand geschlagen, und danach sei nicht mehr erzogen worden. Diese verschwörungstheoretisch angeleitete Wirkungsunterstellung hat weder mit einer gesellschaftlichen Analyse noch mit einem realistischen Bild von der Wirklichkeit der Erziehung zu tun, statt dessen aktualisiert sie bloß das tiefsitzende kulturkritische Klischee vom verwöhnten und verweichlichten Nachwuchs. Leggewie sieht in den Müttern die taxifahrenden nützlichen Idioten bei der Befriedigung der expansiven Freizeitbedürfnisse ihrer Kinder. Was die Zubringerdienste zum Tennisplatz und Reithof mit den Rechtsradikalen zu tun haben, bleibt sein Geheimnis.

Es wäre erstaunlich, wenn der linksliberale Publizist und auf Probleme des Rechtsradikalismus spezialisierte Politologe Leggewie tatsächlich nicht mehr zu

bieten hätte als das in der konservativen Öffentlichkeit zirkulierende Kleingeld⁷. Wenn er dennoch die nicht haltbaren Bezichtigungen übernimmt, so läßt sich dies in erster Linie als ein Indiz dafür verstehen, wie sehr auch ihn die Angst und das Bedürfnis gepackt hat, eine möglichst klar umrissene Gruppe von Schuldigen zu definieren, der das Aufbrechen zivilisatorischer Tabus zugeschrieben werden kann. Zwar ist Leggewies Reaktion reflektierter als Menuhins ungetarnte Rationalisierung, in seinem Rundumschlag ist jedoch auch er dem Anlaß der abgewehrten Angst näher als er glaubt. Die 68er haben in seinem psychischen Haushalt eine ähnliche Funktion wie Fremde für die Skins: Sie dienen als Sündenböcke für Mißstände, die ad personam nicht mehr festzumachen sind.

Für die objektive politische Funktion dieser Auslassungen entscheidend ist Leggewies Versuch, in Abgrenzung zu konservativen Modellen einen humanen Begriff von Autorität einzuführen, der auf seinen möglichen gesellschaftlich-empirischen Gehalt hin nicht mehr befragt wird. Seine Vorstellung entspricht weitgehend dem Konzept von Autorität, wie es in der politischen Philosophie des Bürgertums seit Rousseaus Vorstellung einer *volonté générale* zu finden ist. Dieses Konzept beschreibt nicht mehr als ein auf Vernunftprinzipien basierendes Sollen, es wird von Leggewie jedoch wie ein gegen den beklagten Zustand wiederherzustellendes Sein behandelt. Als biete er einen deskriptiven und keinen normativen Vorschlag, heißt es bei ihm sogar: »Autorität ist weder Macht noch Zwang«. Hätte das einen realen gesellschaftlichen Gehalt, wäre das verfassungsmäßig festgelegte Gewaltmonopol des Staates obsolet. Gerichte und Polizei hätten nichts mehr zu tun, denn die Menschen würden sich aus freien Stücken dem gesellschaftlichen als ihrem eigenen Willen unterwerfen. Autorität als internalisierter Zwang, als machtvolle Instanz, der die Subjekte im Sinne ihrer Selbsterhaltung zu folgen haben, hätte sich unter den gegebenen Bedingungen aufgelöst.

Bei Leggewies Autoritätsempfehlung handelt es sich um eine in der Politik wie in der Pädagogik wenig plausible Wunschvorstellung. Leggewie erspart sich auf diese Weise eine historische Realitätsprüfung, die ihn darauf gestoßen hätte, daß, zumal in Deutschland, »Autorität« im öffentlichen Diskurs fast ausschließlich von Rechten als Kampfbegriff gegen den Liberalismus und im Sinne einer Unterwerfung unter Gott, Kaiser, Führer, Vaterland... verwendet wurde und auch als solcher barbarische gesellschaftliche Konturen angenommen hat. Autorität hat jenseits unterschiedlicher Konzeptualisierungen eine geschichtliche und soziale Semantik, die eine derartig unbekümmert therapeutische Instrumentalisierung des Begriffs ausschließt, und das Gedächtnis des sich selbst als 68er bezeichnenden Leggewie hätte eigentlich so weit reichen müssen, sich des zentralen und legitimen Motivs der Kritik an der Autorität durch die Studentenrevolte zu erinnern. Betrachtet man allerdings die Art und Weise, mit der er seine Auffassung untermauert, so kommen Zweifel an seiner Affinität zur antiautoritären Bewegung auf.

Ausführlich zitiert er aus einem Aufsatz Horkheimers – des »Idols der antiautoritären Studenten« – und weist auf die *Studien über Autorität und Familie* hin, greift jedoch nur die Passagen heraus, in denen Horkheimer die Notwendigkeit des Festhaltens an der Familie als der »verlässlichste[n] und erfolgreichste[n] Gegeninstanz gegen den Rückfall in die Barbarei« [zitiert nach Leggewie] spricht. Daß die

Studien in ihrem gesellschaftsanalytischen Teil nachweisen, wie in unfreien gesellschaftlichen Verhältnissen die Bereitschaft zur Unterwerfung durch die väterliche Autorität vermittelt und in den Kindern affektiv verankert wird, erwähnt Leggewie nicht und erspart sich damit die Dialektik der horkheimerschen Ausführungen. Die Berufung auf die Autorität des Sozialphilosophen dient Leggewie dazu, den vakanten Platz der Vernunft in seiner Argumentation zu besetzen⁸. Ähnliches gilt für die am Schluß des Artikels in Anspruch genommene *Auctoritas*, deren lediglich formal bestimmter Gehalt Leggewie weniger wichtig zu sein scheint als die respektgebietende Form des antiken Begriffs, der einer alltäglichen Autorität ihre humanistischen Weihen gibt. Die Struktur der Argumentation verrät, was Leggewie tatsächlich unter Autorität versteht, nämlich die Wirkung der erfolgreichen Unterwerfung unter die Heteronomie, wie sie die normale Erziehung bewirkt, und das repressive Nachfassen bei all denen, die sich harthörig zeigen.

Leggewies Plädoyer für eine Wiederbelebung »richtiger« Autorität ist wenig originell, es ist aber insofern bezeichnend, als es ostentativ wie ein Damaskuserlebnis inszeniert wird und wohl unfreiwillig Zeugnis von der autoritären Denkstruktur ihres sich antiautoritär nennenden Urhebers ablegt. Die kritische Zeitdiagnose zielt nicht auf die Bedingungen, die das Inhumane befördern, sondern verdoppelt sie noch einmal. Festzuhalten bleibt, daß Leggewie nicht mehr in den Sinn kommt, daß es andere sozialisatorisch und erzieherisch relevante Kategorien gäbe, auf die Gewalt zu reagieren. Die Täter zeigen kein Mitleid mit den Schwachen, keinen Anstand, Takt, kein Verständnis, keine Solidarität gegenüber den Benachteiligten, und sie zeigen keinerlei Fähigkeit zu differenzierenden Urteilen. Wer entsprechende Fähigkeiten als Mittel gegen die Gewaltbereitschaft fördern will, benötigt dafür nicht die Nobilitierung der Autorität.

IV

Der anscheinend gerade in Deutschland angesichts politisch-ökonomischer Krisen energisch vorgebrachte und aus verschiedenen Richtungen zu hörende Ruf nach Autorität dürfte zunächst auf das Fehlen historisch wirksamer und dadurch ins kollektive Bewußtsein eingegangener Erfahrungen mit weniger repressiven Formen politischer Organisation zurückzuführen sein. Beide Teile des Nachkriegsdeutschlands waren letztlich von diesem Mangel geprägt, der sich in einer nur vordergründigen Überwindung des Führer-Autoritarismus niederschlug. Dieser wurde in der DDR durch eine als »antifaschistisch« deklarierte repressive Tugenderziehung abgelöst, in der BRD durch die »reeducation« im Sinne einer bürgerlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, deren abstrakte Autorität gleichfalls fraglos akzeptiert und zur Quelle der Wirtschaftswunder-Identität wurde. Dieses von der Studentenrevolte zwar angekratzt, aber nicht zerstörte Selbstbild konnte so lange stabil bleiben, wie das ökonomische Wachstum anhielt und die DDR (der Osten generell) als politisch und ökonomisch wenig erstrebenswertes Gegenüber existierten. Mit dem Wegfall dieser stabilisierenden Faktoren tritt die Brüchigkeit des Selbstverständnisses zutage, der wiederum nur mit dem Appell an Autorität begegnet werden kann. So verstanden ist Leggewies Auffassung von »Auctoritas« als »(dau-

einander) Gründung des Gemeinwesens« die zutreffende Beschreibung einer deutschen Misere, fraglich bleibt dabei, ob ein permanenter Gründungsakt unter diesem historischen Vorzeichen der Barbarei vorbeugt oder ob er nicht in letzter Konsequenz dazu führt, daß die Skins die destruktiven Impulse, die sie jetzt ausagieren, dann auf Befehl einzusetzen bereit sind.

Die Erklärungs- bzw. Therapiemodelle von Menuhin, Enzensberger und Leggewie treffen sich in zwei wesentlichen Punkten. Sie erklären unausgesprochen (Menuhin) oder explizit (Enzensberger und Leggewie) die nach '68 unternommenen Versuche einer weniger repressiven Gestaltung der Gesellschaft für gescheitert bzw. von vornherein falsch gedacht, und es ist ihnen daran gelegen, Täter als Sündenböcke zu fixieren, womit deren Verfolgung und Ausschaltung mittelbar zur Lösung des Problems erklärt werden kann. Angesichts der wachsenden Angst wird diese Personalisierung mit großer Zustimmung rechnen können. Die Strategie läuft in allen drei Fällen darauf hinaus, daß der Zusammenhang zwischen den Gewaltausbrüchen und der Gesellschaft, die offenbar einem solchen zivilisatorischen Rückschritt vorzubeugen nicht in der Lage war, keinen Eingang in die Erklärungen findet. Menuhin erwähnt diesen Zusammenhang gar nicht, sondern reduziert das Problem auf einen je individuell notwendigen Zähmungsakt; Enzensberger spricht ironisch mehrere denkbare Ursachen von Gewalt an, macht sie jedoch lediglich an Personen fest und dies auch nur, um eine dahinter vermutete rousseauistische Naivität zu desavouieren; Leggewie operiert mit einem »rabiatierten Sozialdarwinismus« der Rechtsradikalen und versucht, ihn mit einem Konzept zu bekämpfen, das vor der sozialen und historischen Wirklichkeit nicht bestehen kann. Es hat den Anschein, als ob auf die Brechung eines zivilisatorischen Tabus mit einem analytischen Tabu reagiert werde.

Es ist bezeichnend, daß Leggewie zwar von »Sozialdarwinismus« und damit von einem gesellschaftlichen Prinzip unerbittlicher Diskriminierung (und in letzter Konsequenz Vernichtung) spricht, dieses aber nur isoliert in einer spezifischen gesellschaftlichen Gruppe feststellt. Er benennt also ein entscheidendes Syndrom der Konkurrenzgesellschaft, spaltet es aber mit der Nennung sogleich wieder ab, statt es konsequent auf das Ganze zu beziehen.

Die Morde und Überfälle der rechtsradikalen Skins konfrontieren uns mit einem doppelten Versagen, das der wesentliche Grund für die panischen Reaktionen sein dürfte. Zum einen werden uns erstmals seit der Nachkriegszeit durch die praktische Zitation des Faschismus in brutaler Offenheit die Folgen der nicht bewältigten Barbarei vor Augen geführt, und erneut macht sich das Gefühl breit, ihr macht- und hilflos gegenüberzustehen. Zum anderen zeigt jetzt der gegen diese Vergangenheit aufgebotene Verdrängungsmechanismus des »Wirtschaftswunders« sein wahres Gesicht und bricht zusammen. Die instrumentelle (Un)vernunft erreichte in den KZ's ihren Höhepunkt. Nach dem Krieg wurde nicht gefragt, wie sehr die perfektionistisch sich gebende blinde Umtriebigkeit der Menschen Mittel zum Zweck der Barbarei gewesen ist. Instrumentelle Vernunft wurde statt dessen als ein vermeintlich ideologiefreies Instrument des Neubeginns emphatisch bejaht und zur Basis einer kollektiven Identität erklärt. Das ging so lange gut, wie die Erfolge die Mißerfolge überflügelten bzw. letztere als notwendige, aber reparable Begleiter-

scheinungen ausgegeben und behandelt werden konnten. Dies ist nun nicht mehr möglich, da nicht nur die Zahl der »Modernisierungsverlierer«, d.h. der vom Produktionsprozeß Ausgestoßenen oder kaum mehr in ihn zu Integrierenden wächst, sondern auch die Zahl derer, die im Verteilungskampf um Besitz und Status bangen. Aufgrund der engen Verknüpfung von nationaler und ökonomischer Identität fürchten beide Gruppen nun mit dem Ausschluß aus dem wirtschaftlichen Verteilungskampf auch den Verlust der einzigen kollektiven Zugehörigkeit, auf die sie als durch den Verfall traditioneller sozialer Milieus Vereinzelte meinen zählen zu können. Auch daher rührt der Fremdenhaß. Wer nicht mehr glaubt, daß er in der Gesellschaft zu den Erfolgreichen gehören kann, wer sich darin einzurichten begonnen hat, daß er von dem Almosen leben muß, das der Sozialstaat zuweist, für den sind nicht mehr die Erfolgreichen die Konkurrenten, sondern die, die tatsächlich oder auch nur vermeintlich auf die gleichen Zuweisungen Ansprüche geltend machen. Das Ressentiment gegen den Fremden hat seine verquere beschränkte Logik. Man sollte sie in ihrer praktischen Energie nicht unterschätzen: Wenn es gelingt, die Asylbewerber und all die anderen zu vertreiben, bleibt mehr für die eigene Sicherung übrig. Ob der, der so argumentiert, dann den Arbeitsplatz des vertriebenen Türken besetzen würde, spielt für die Pogromstimmung keine Rolle. Ohne die Krise der Reproduktionsbasis der kapitalistischen Wirtschaftsweise wären die Ausbrüche von Gewalt schwerlich zu verstehen.

Das Schwinden der zivilisatorischen Minimalstandards läßt sich nur erklären, wenn im beschriebenen Sinne das Versagen als ein doppeltes und die strukturelle Übereinstimmung des Verdrängungsmechanismus mit dem, was verdrängt werden sollte, begriffen werden. Eine ausschließlich politische Stigmatisierung der Skins als Neo-Nazis und der damit häufig verknüpfte Vorwurf mangelnder historischer »Trauerarbeit« greift daher zu kurz, mögen auch faschistisches Gebaren und Nazi-Symbolik der Gewalttäter einer solchen Erklärung Vorschub leisten. Die mit dem Gestus historischer Aufklärungs- und Schuldbereitschaft vorgebrachte Erkenntnis dient, so richtig sie partiell auch ist, letztlich wiederum vor allem der Klassifizierung und damit der gesellschaftlichen Isolierung des Problems: Diejenigen, die sich offen zum Faschismus bekennen, sind eine Minderheit, von der die Mehrheit sich abgrenzen kann. Als Indiz für diese verschleiernde Funktion sei eine Tagesschaumeldung vom 5. 10. 93 angeführt: Als letzte Nachricht vor dem Wetterbericht vernahm der Zuschauer die über den Tod einer vierköpfigen Familie aus Sri Lanka, die in ihrer Wohnung Opfer eines Brandanschlags in einer deutschen Stadt geworden war, »Hinweise auf ein politisches Motiv« gab es aber nach Aussagen der Polizei nicht. Die Redaktion mag sich aus formaljuristischen oder kriminalpolitischen Gründen mit Spekulationen über den Täterkreis zurückhalten wollen, die Parallelen zu den Opfern wie zu den Waffen von Lichtenhagen, Mölln, Solingen und anderen Tatorten sind jedoch deutlich genug. Der Unterschied scheint somit allein im Vorhandensein eines politischen Motivs zu bestehen; sind faschistische Parolen oder Symbole aufgetaucht, so ist dem Ereignis der erste Platz in der Nachrichtenhierarchie sicher, wenn nicht, zählt die Ermordung von Menschen aus anderen Ländern nur noch zur Sparte der »Human-interest«-Meldungen, die sich mit gewöhnlich als »tragisch« bezeichneten Momenten der Alltagsnormalität befas-

sen. Diese Hierarchisierung offenbart die Wahrheit, die zu erkennen wir uns weigern: Die nicht politisch motiviert erscheinende Ermordung von Fremden wird in dieser Gesellschaft bereits wie eine Normalität behandelt. In diesem Sinne wäre Horkheimers Diktum aus der »Dämmerung« zu aktualisieren: Wir reden inzwischen auch vom Faschismus, um vom Kapitalismus zu schweigen.

Mit ihren Brandsätzen und Baseballschlägern exekutieren die Skins in brutaler Konsequenz das, was diesseits der zivilisatorischen Schwelle als Normalität gilt und politisch propagiert wird: der Konkurrenzkampf, der keine Verlierer duldet, sie aber massenhaft hervorbringt. Das Grundmodell der Gewalt ist unter anderem jenen abgeschaut, die Einschränkungen staatlicher Zuwendungen als Ansporn zur »Leistungsbereitschaft« und damit zum Wieder-Eintritt in die Konkurrenzgesellschaft ausgeben: Die Sozialhilfe soll deutlich unter der Arbeitslosenhilfe liegen, damit die Betroffenen sich nicht bequem im Nichtstun – an der Armutsgrenze – einrichten, und die Bezahlung von ABM-Stellen soll unter Tarif erfolgen, damit die Teilnehmer motiviert seien, sich eine feste Stelle zu suchen. Wenn schließlich, wie nach Lichtenhagen der Fall, die erste öffentlich geäußerte Befürchtung dem »Wirtschaftsstandort Deutschland« gilt, liegt der Schluß nahe, die Würde des Menschen beginne mit der Konkurrenz.

Bereits seit Beginn einer stärkeren Zuwanderung von Asylbewerbern in den achtziger Jahren ist im politischen Diskurs die Warnung vor »Überfremdung« durch eine »Asylantenflut«, vor »Scheinasylanten« und vor »Wirtschaftsflüchtlingen« zu hören: symbolische Aggressionen, mit denen systematisch die Hemmung zur Anwendung physischer Gewalt gegen Ausländer herabgesetzt wurde. Ausländer hat man so zu illegitimen Eindringlingen gestempelt, die parasitär von den ohnehin schwindenden Pfründen des Wirtschaftswunderstandortes profitieren wollten. Mit offener Brutalität werden diese Parolen in praktische Politik umgesetzt. Die Medienresonanz der Angriffe schreckt Menschen ab, die Grenze zu uns zu überschreiten, viele verlassen aus Angst Deutschland, der Bundestag verabschiedet Maßnahmen, um diesen Prozeß zu beschleunigen. In nationalistischem Wahn wird die Aggression auf alle Ausländer ausgedehnt, auch jene, die inzwischen integriert sind. Auch von ihnen heißt es, sie nähmen Deutschen den Arbeitsplatz weg. Die Skins gehen vom »bloßen Reden« zur Tat über, und es sollte daher niemanden verwundern, wenn sie kein »Unrechtsbewußtsein« haben, sondern sich im Gegenteil moralisch legitimiert fühlen⁹.

Greift man unter diesem Aspekt noch einmal den Begriff der »Jugendrevolte« auf, so tritt sein gleichfalls klassifizierender und verschleiender Charakter zutage. Die Skins rebellieren nicht gegen die Elterngeneration und ihre Werte oder gegen die Gesellschaft insgesamt, sondern sie verhalten sich völlig konform zum System und legen genau damit dessen Nerv bloß. Ihre Gewalt zielt nicht primär auf Abgrenzung ab, sondern resultiert aus der Angst, auf der Strecke zu bleiben.

V

Als Botho Strauß seinen vielbeachteten und -beschimpften Essay im Spiegel veröffentlichte, wurde vor allem sein Versuch angegriffen, das Vokabular der »konservativen Revolution« zu aktivieren. Weniger beachtet wurden seine Hinweise auf die wahrscheinliche Fatalität der gegenwärtigen Entwicklung. Strauß wunderte sich, daß es überhaupt noch so oft möglich sei, daß »Menschen aneinander vorbeikommen«, ohne sich zu verletzen. Er interpretiert die zivilisatorischen Verwerfungen vor der Folie antiker Tragödien. Die Menschen seien soweit in die von ihnen geschaffenen Lebensverhältnisse verstrickt, daß sie unfähig geworden seien, sie human umzugestalten.

Endzeitdenken und die entsprechende Stimmung sind so beliebt wie sie zugleich als modisch kritisiert werden. Vor allem die Linke hat das immer wieder aufgespießt und auf die Strukturen verwiesen, die die »Fatalität« erklären und damit verhindern sollen. Mit dem Wegfall einer gesellschaftlichen Alternative im politischen Erwartungshorizont und dem fast gleichzeitigen Wiederauftauchen der braunen Fratze hat sich auch im linken Lager depressiver Pessimismus breitgemacht. Er wäre heilsam, wenn mit ihm wirklich die Einsicht in die Dialektik der Aufklärung nachgeholt würde. Die Linke ahnte und warnte notorisch, daß es so kommen könnte. Die gegenwärtige Bereitschaft zum Widerruf zeigt aber, daß die eigenen Prognosen letztlich nicht ganz so ernst genommen wurden. Auch das gründet in der panisch abgewehrten Angst, daß der Ausnahmezustand die Normalität sein könnte, daß das bürgerliche Zivilisationsmodell sein eigenes Scheitern nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis hervorbringt. Genau das aber ließ sich doch bei allen scharfen Kritikern der bürgerlichen Epoche nachlesen. Diese gingen davon aus, daß trotz aller Entbindung von Vernunft die bürgerlich kapitalistische Ordnung nie aus der Naturgeschichte der Menschheit herauszutreten vermag. Wo aber die Grundlagen der Wirtschaftsweise alle Menschen zu Objekten machen und ihre Rationalität proportional zu ihrer Irrationalität anwächst, kann es nicht verwundern, daß die Menschen auf die Ordnung in destruktiver Weise einschlagen. Ihre Subjektivität liegt, so schmerzhaft es ist, dies auszusprechen, auch darin, Häuser anzuzünden. Man muß nicht metaphysisch eingestimmt an Fatalität glauben, um ihre Wirkung zu registrieren. Ohne die Zumutung, daß alle Menschen sich ihr als Ausdruck der Naturgeschichte bewußt werden und sie bereit sind, daraus die Konsequenzen zu ziehen, wird es jederzeit brennende Häuser und mehr geben können. Wo aber der individuelle Lebenssinn und das Lebensrecht unauflöslich an die Ordnung gebunden zu sein scheint, die den Zündstoff dazu bereitstellt, werden die Kräfte der Aufklärung gelähmt. Der Pädagogik bleibt da nur die Moralisierung der Verhältnisse und die Hoffnung, Entbarbarisierung habe eine Chance, weil sie auf die elementaren Sehnsüchte der Menschen nach Schutz antworte.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu v.a. die Beiträge von Bodo Morshäuser in *Die Zeit*, 11/12. 3. 93, S. 76 und 34/20. 8. 93, S. 32.
- 2 *Der Tagesspiegel*, 14377/10. 11. 92, S. 6
- 3 H.M. Enzensberger: *Aussichten auf den Bürgerkrieg*, Frankfurt 1993, S. 37–38.
- 4 *Die Zeit*, 10/5. 3. 93, S. 93.
- 5 *Die Zeit*, 10/5. 3. 93.
- 6 Hartmut von Hentig: *Die Schule neu denken*, München 1993, insbesondere S. 111 ff.
- 7 In einer mikrologischen Fallstudie über Werdegang und Motive rechtsradikaler Jugendlicher hat Leggewie inzwischen auch seine pauschalen Verurteilungen zumindest indirekt zurückgenommen: »Politiker haben diese schockierende Schamlosigkeit zum Anlaß genommen, von einem sittlich-moralischen Verfall der gegenwärtigen Gesellschaft daherzureden und sich an den 68ern auszutoben. Die Gerichtsprotokolle und Interviewnotizen durchzieht ein anderer, leiserer Ton [...]«; die »Verwahrlosung«, so heißt es später, sei »weniger antiautoritären Experimenten als 'kalter' oder gänzlich fehlender Erziehung geschuldet« (Jörg Bergmann/ Claus Leggewie, »Die Täter sind unter uns«. In: *Kursbuch*, 113/September 1993, S. 7–37, hier S. 22 und 33).
- 8 Liest man die Stellen bei Horkheimer nach, so wird deutlich, woher die Fehlinterpretation Leggewies wohl gekommen sein wird: Horkheimer spricht in einem 1960 ins Deutsche übersetzten Nachwort zu den Studien des Instituts von den fatalen Ergebnissen einer »anti-autoritären« Erziehung, meint damit aber keineswegs die pädagogische Bewegung der 68er, sondern verwahrloste Kinder. Adorno und er waren überrascht, daß in einer die Studien zum autoritären Charakter ergänzenden Kinderstudie die Neigung zu autoritären Urteilen bei angepaßten, braven, autoritär erzogenen Kindern sich als deutlich geringer erwies als bei »refraktären« Kindern, also solchen, die scheinbar unangepaßt auftraten und weitgehend sich selbst überlassen geblieben waren (vgl. F. H. Paffrath: *Die Wendung aufs Subjekt*, Weinheim 1992, S. 65 ff.). Eine Erziehung zu Selbstbewußtsein, Autonomie und Kritikfähigkeit ist qualitativ zu unterscheiden von den untersuchten Alternativen. Das hat Leggewie inzwischen selbst eingesehen; vgl. *Kursbuch* 113, S. 33.
- 9 Vgl. die Aussagen von Gewalttätern in der Fallstudie von Bergmann und Leggewie im *Kursbuch* 113, S. 22 ff.